

Bundeskanzler Helmut Kohl

## Mit weniger Waffen mehr Sicherheit für alle

Bundeskanzler Helmut Kohl gab im Deutschen Bundestag am 4. Juni 1987 zu Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle folgende Erklärung der Bundesregierung ab:

Vor vier Wochen habe ich vor dem Hohen Hause im Namen der Bundesregierung einen Zwischenbericht zum Stand der Abrüstungsgespräche zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion abgegeben. Ich habe bei dieser Gelegenheit die Ziele der Sicherheitspolitik der Bundesregierung umfassend dargelegt und dabei nochmals die wesentlichen Kriterien für die Haltung der Bundesregierung zu den in Genf anstehenden Abrüstungsfragen erläutert.

Wie bei dieser Gelegenheit, am 7. Mai, angekündigt, hat die Bundesregierung inzwischen ihren Entscheidungsprozeß nach einer dichten Abfolge von Konsultationen und begleitenden Treffen abgeschlossen. Heute kann ich mit besonderer Genugtuung feststellen, daß das gegenseitige Vertrauen und Verständnis der Bündnispartner bei diesen Beratungen einmal mehr eine geschlossene, eine solidarische Haltung der Allianz zu den anstehenden sehr schwierigen Fragen der Abrüstung erwarten läßt.

Unsere oberste politische Leitlinie, die uneingeschränkt vom Bündnis mitgetragen wird, ist die zuverlässige Verhinderung eines jeden Krieges in Europa, konventionell wie nuklear.

### HEUTE AKTUELL

- **ABRÜSTUNG**  
Heiner Geißler: Eine Chance für Abrüstung und sicheren Frieden. Seite 9—11
- **ENTSCHLIESSUNG**  
CDU/CSU und FDP: Mehr Stabilität mit weniger Waffen in Europa. Seite 15—16
- **WIRTSCHAFT**  
Die Arbeitslosigkeit geht zurück, die Beschäftigung steigt weiter an. Seite 19—20
- **MARSHALL-PLAN**  
Gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos. Auszüge aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers. Seite 21—22
- **EXTREMISMUS**  
Verfassungsschutzbericht 1986. Seite 23—24
- **PARTEIARBEIT**  
Ein Sommer mit der CDU. Seite 28—32

Ich unterstreiche in diesem Zusammenhang nochmals, daß unser Land angesichts der unvorstellbaren Zerstörungskraft moderner konventioneller Waffensysteme von einem konventionellen Krieg in ebenso existentieller Weise bedroht wäre wie durch eine nukleare Auseinandersetzung.

Jede deutsche Bundesregierung hat deshalb die Pflicht, sicherheits- und abrüstungspolitische Entscheidungen nicht ausschließlich unter dem Blickwinkel des Abbaus von Nuklearwaffen zu prüfen.

Ausgehend von dieser Erkenntnis gibt es für die vom Bündnis entwickelte Verteidigungsstrategie der flexiblen Reaktion auf absehbare Zeit keine Alternative. Sie ist eine Strategie der Kriegsverhinderung. Sie hat Kriege in Europa bisher verhindert, und sie wird dies auch in Zukunft tun.

Für die praktische Umsetzung dieser Strategie heißt dies, daß das Bündnis auf ein ausgewogenes Potential konventioneller Streitkräfte und nuklearer Abschreckungsmittel angewiesen bleibt.

Lassen Sie mich mit aller Klarheit feststellen: Bestrebungen, die die völlige Abschaffung von Nuklearwaffen in Europa zum Gegenstand haben, können aus diesen Gründen von uns nicht geteilt werden.

Die Nachkriegsgeschichte in Europa bestätigt, daß die Idee der Abschreckung und die Existenz von Nuklearwaffen seit 40 Jahren Krieg in Europa unmöglich gemacht haben. Dabei muß selbstverständlich die Rolle der Nuklearwaffen auf das quantitativ und qualitativ erforderliche, absolute Mindestmaß beschränkt werden.

**Garantie für unsere Sicherheit bleiben in gleicher Weise die bei uns stationierten verbündeten Truppen, insbesondere die Soldaten der Vereinigten Staaten. Sie sind**

**der deutlichste Ausdruck der politischen Verpflichtung, füreinander einzustehen.**

Unsere Sicherheitspolitik beinhaltet seit jeher zwei einander ergänzende Komponenten:

- die Sicherung der Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit einerseits und
- andererseits das Streben nach Rüstungskontrolle und Abrüstung in allen Bereichen mit dem Ziel, ein stabiles und ausgewogenes Kräfteverhältnis auf möglichst niedrigem Niveau herzustellen.

Entscheidungen und Maßnahmen in einem dieser beiden Bereiche haben notwendigerweise Auswirkungen auf den jeweils anderen Bereich.

Gemeinsames Ziel unserer Verteidigungs- und Abrüstungspolitik bleibt es, die Sicherheit für unser Land und für das ganze Bündnis zu erhöhen.

Die Fragen der Abrüstung, die uns zur Zeit — sehr zu Recht — in besonderer Weise bewegen, dürfen deshalb nicht isoliert betrachtet werden. Waffen und Waffensysteme müssen in allen Bereichen der Sicherheitspolitik immer in ihrem Gesamtstrategischen Zusammenhang gesehen werden.

Abrüstung ist kein Selbstzweck. Sie darf in keinem Fall zu weniger Sicherheit führen. Einzelne Waffensysteme isoliert abzuschaffen bedeutet nicht notwendigerweise einen Gewinn für unsere Sicherheit.

Dieser Zusammenhang hat die Bundesregierung im Hinblick auf die Abrüstungsentscheidungen im Bereich der Mittelstreckenflugkörper in ganz besonderer Weise beschäftigt. Die komplexen Wechselwirkungen zwischen Abrüstungsschritten und Strategie machen selbstverständlich eine gründliche Prüfung erforderlich. Dies betrifft den Entscheidungsprozeß sowohl innerhalb der Bundesregierung

als auch — was noch wichtiger ist — innerhalb des Bündnisses.

Auf die Bedeutung dieser Nuklearwaffen für die NATO-Strategie haben die Kollegen von der SPD in ihrer Regierungszeit, in der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Schmidt und Verteidigungsminister Apel, in ihrem letzten Weißbuch 1979 deutlich hingewiesen:

*Für die NATO sind die Nuklearkräfte in und für Europa (TNF) wichtiges Mittel für die glaubwürdige Fähigkeit zur vorbedachten Eskalation im Rahmen ihrer Abschreckungsstrategie. Sie sind mit dem nuklearstrategischen Langstreckenpotential der USA konzeptionell und strukturell eng verknüpft. Das nukleare Kräfteverhältnis in Europa ist keine isolierte Größe und kann nur im Gesamtzusammenhang des globalen nuklearen Kräfteverhältnisses gesehen und beurteilt werden.*

Im Weißbuch heißt es weiter — ich zitiere —:

*Es wird darauf ankommen, zu verhindern, daß Rüstungstendenzen im Osten Lücken im Eskalationsspektrum der NATO verursachen, zu einem Verlust an Flexibilität führen und dadurch den Abschreckungsverband der Allianz gefährden.*

Das ist eine kluge Beurteilung der Lage.

Das ist eine Beurteilung der Lage, die jedem deutlich macht, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht abgekoppelt werden darf.

Die Fragen, die wir zu entscheiden hatten, berühren, wie jeder weiß, Kernfragen unserer Sicherheit. Wir haben deshalb ausführliche und zeitaufwendige Konsultationen mit unseren Bündnispartnern geführt. Ich habe immer wieder gesagt und sage es auch heute: Derartige existenzielle Entscheidungen für unser Volk dürfen nicht unter Zeitdruck erfolgen.

Die Grundlage unseres Bündnisses wird sich auch in diesen Tagen erneut und ein-

druckvoll bewähren. Die Sicherheit des einen ist die Sicherheit des anderen. Es darf keine geringere Sicherheit geben, weder im Verhältnis der amerikanischen mit den europäischen Bündnispartnern noch im Verhältnis der europäischen Bündnispartner untereinander.

Diese Betrachtungen zur Rahmensituation unserer sicherheitspolitischen Entscheidungen der vergangenen Wochen wäre unvollständig ohne ein klares, deutliches Bekenntnis zu der zweiten Säule des Harmel-Konzepts. Ich spreche von dem Angebot an unsere östlichen Nachbarn zu einem intensiven politischen Dialog, zu umfassender Zusammenarbeit auf allen anderen Gebieten. Der Ost-West-

## Das „neue Denken“

Gegensatz kann nicht durch sicherheitspolitische Absprachen allein, auch nicht durch Abrüstungsvereinbarungen allein dauerhaft entschärft und überwunden werden.

Wir begrüßen das Bekenntnis der Führer des Warschauer Paktes in ihrem Abschlußkommunique über ihr Treffen in diesen Tagen in Ost-Berlin, wonach sie „ihr Streben nach einem umfassenden System des internationalen Friedens und der Sicherheit bekräftigen, das sowohl den militärischen und politischen als auch den ökonomischen und humanitären Bereich umfassen sollte“.

Positive Erfahrungen bei der Kooperation auf den genannten Feldern werden zu einer Steigerung des gegenseitigen Vertrauens zwischen Ost und West führen können. Wenn das „neue Denken“, von dem Generalsekretär Gorbatschow spricht, tatsächlich einen fairen und langfristigen Interessenausgleich zum Ziel hat, sind wir unsererseits bereit, auf das „neue Denken“ mit eigenen Schritten zur Intensivierung der Zusammenarbeit zu reagieren.

Waffen können viel leichter abgebaut werden, wenn politische Vertrauensbildung dem Prozeß der Abrüstung sichtbar vorausgeht oder ihn glaubwürdig begleitet.

Nicht Waffen für sich allein sind bedrohlich. Das Denken und das Handeln der politisch Verantwortlichen muß sich als friedlich erweisen und in konkreten Taten niederschlagen. Das kann und muß endlich bewiesen werden, zum Beispiel in Afghanistan, wo seit acht Jahren — länger als der Zweite Weltkrieg — Krieg geführt wird, und zwar von der Sowjetarmee, an den Mauern und Grenzen zwischen West und Ost, wo wir leider immer noch Woche für Woche Opfer beklagen müssen.

Die in Genf eingebrachten sowjetischen Vorschläge bei den INF-Verhandlungen beinhalten keine wirklich zufriedenstellende Lösung der Mittelstreckenproblematik aus der Sicht unserer Allianz. Im Hinblick auf die Mittelstreckenflugkör-

## Erstmaliger Erfolg

per größerer Reichweite sieht der sowjetische Vorschlag immer noch vor, daß jeweils 100 Sprengköpfe in den USA und in der Sowjetunion verbleiben.

Dieser Restbestand von 100 Sprengköpfen der SS 20 im asiatischen Teil der Sowjetunion würde auf Grund der von der Sowjetunion im Vertragsentwurf beanspruchten Mobilität dieser Systeme zu Übungs- und Ausbildungszwecken im europäischen Teil nach wie vor einen Unsicherheitsfaktor auch für uns Deutsche und Europäer darstellen. Darüber hinaus würde eine solche Regelung schwerwiegende Verifikationsprobleme aufwerfen.

Aus diesen Gründen bevorzugt die Bundesregierung gemeinsam mit ihren Part-

nern eine globale, weltweite Abschaffung dieser Waffenkategorie. Wir hoffen, daß die Sowjetunion im Verlauf der Verhandlungen in dieser Frage einlenkt.

**Nach Lösung weiterer Einzelfragen im Verifikationsbereich ist nach Einschätzung der Bundesregierung eine Einigung im Bereich der Mittelstreckenflugkörper längerer Reichweite in den nächsten Monaten möglich.**

**Damit würde erstmalig ein weitreichender Schritt zur Abrüstung möglich. Dieser Erfolg wäre vor allem das Ergebnis der festen und geschlossenen Haltung der Bundesregierung wie des gesamten Bündnisses bei der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses. Er wäre gleichzeitig ein Beweis dafür, daß konkrete Abrüstungsschritte auf der Grundlage eines fairen Ausgleichs der Interessen beider Seiten erreichbar sind.**

Für den Bereich der Mittelstreckenflugkörper kürzerer Reichweite, also 500 bis 1 000 km, sieht der auch bis heute noch nicht schriftlich vorgelegte sowjetische Vorschlag eine ebenfalls auf Europa beschränkte Null-Lösung vor.

Für uns Deutsche beinhaltet diese Lösung schon auf den ersten Blick einen schwerwiegenden Nachteil: Das erdrückende Übergewicht der Sowjetunion im Bereich der Waffen unterhalb von 500 km, insbesondere in Form der 583 SCUD-Raketen, denen die NATO nichts Vergleichbares entgegenzusetzen hat, soll unberührt bleiben.

Nicht zuletzt dieser Aspekt hat der Bundesregierung die Entscheidung über die Null-Lösung im Bereich von 500 bis 1 000 km Reichweite nicht leichtgemacht. Dabei muß dieses Übergewicht immer wieder auch vor dem Hintergrund einer klaren Überlegenheit des Warschauer Paktes im konventionellen Bereich gesehen werden.

Diese konventionelle Überlegenheit des

Warschauer Paktes ist ja auch keine Erfindung der derzeitigen Bundesregierung. Ich zitiere gerne erneut das Weißbuch, das die Kollegen Schmidt und Apel zu ihrer Zeit veröffentlicht haben:

*In Mitteleuropa und an den europäischen Flanken sind die konventionellen Kräfte des Warschauer Paktes, vor allem seine Landstreitkräfte, denen der NATO eindeutig überlegen. Das Verhältnis an Kampfpanzern zwischen NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa beträgt, Verstär-*

## Die Verhandlungen in Genf dauern an

*kungskräfte beider Seiten eingerechnet, etwa 1 : 3. Über den Grad der Bedrohung ist damit nicht alles gesagt.*

*Gleichwohl hat die numerische Panzerüberlegenheit des Warschauer Paktes nicht nur hohen militärischen, sondern auch hohen politischen Rang. Sie ist Grund für Mißtrauen, weil Panzermassen klassische Angriffsmittel sind, für die schnelle Inbesitznahme fremder Territorien besonders geeignet. Dies erklärt ihr politisches Gewicht.*

Ich habe auch diesem Zitat des Kollegen Schmidt und des Kollegen Apel nichts hinzuzufügen.

Jedermann weiß — auch jeder hier im Saal weiß das, daß seit 1979, als dieses Weißbuch erschienen ist, die konventionellen Streitkräfte der Sowjetunion weiter ausgebaut wurden.

Diese Aussage und die Realität, mit der wir uns zu beschäftigen haben, machen klar, daß eine bedingungslose Annahme des sowjetischen Null-Lösungs-Vorschlages für den Bereich von 500 bis 1 000 km für die Bundesregierung nicht in Frage kommen konnte. Das Ergebnis wäre für unser aus geographischen Gründen ohnehin exponiertes Land schwer erträglich.

Ich will hier in aller Klarheit feststellen, daß für uns Deutsche bei Beseitigung der landgestützten Flugkörper zwischen 500 km und 1 000 km Reichweite die Sorge über das Ungleichgewicht bei den Systemen unterhalb 500 km wächst. Wir wollen und können einen solchen Zustand nicht auf Dauer hinnehmen. Wir drängen deshalb nachdrücklich auf die Fortsetzung des Abrüstungsprozesses auch in diesem Bereich.

Wir sind mit der Regierung der Vereinigten Staaten und den übrigen Bündnispartnern der Auffassung, daß die 72 deutschen Pershing-1a-Raketen mit ihren amerikanischen Sprengköpfen nicht in einer amerikanisch-sowjetischen Null-Lösung eingeschlossen werden können. Diese Flugkörper waren nie Verhandlungsgegenstand.

Das starke Übergewicht der Sowjetunion bei Flugkörpern unter 5 000 km Reichweite sowie der einseitige und ersatzlose Abzug von 2 400 Atomsprengkörpern der NATO zwischen 1980 und 1988 sollten es erlauben, in diesem Punkt die Verhandlungen nicht zu komplizieren oder gar zu gefährden.

Im übrigen hat die NATO mit dem Abzug von 2 400 Atomsprengköpfen einseitig mehr Atomwaffen in Europa abgerüstet, als jetzt in Genf zur Verhandlung stehen und je standen.

Die Verhandlungen in Genf dauern an. Mir erscheint es wichtig, darauf hinzuweisen, weil viele so tun, als stünden wir bereits nach einem Verhandlungsabschluß. Ein Abkommen ist bisher noch nicht erreicht. Der vorliegende Entwurf zeigt, daß durchaus schwierige Fragen noch zu lösen sind. Es ist eine große Willensanstrengung beider Weltmächte notwendig, um zu Erfolg zu kommen.

Ich will deutlich aussprechen, daß wir, die Bundesregierung, und auch ich persönlich alles tun werden, was in unserer

Kraft steht, um zu einem solchen Erfolg beizutragen, zu einem Erfolg, der erstmals in der Geschichte der Rüstungskontrolle dazu führen würde, wirklich Rüstung abzubauen.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß eine solche INF-Regelung noch in diesem Jahr unterzeichnet werden kann. Wir hoffen, daß es aus diesem Anlaß zu einem dritten Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gor-

### Weitere Abrüstungs-schritte erforderlich

batschow in den USA kommt. Ich will doch hier zum Ausdruck bringen, daß, wenn ich dies heute hier sage, wohl kaum mehr Widerspruch erfolgt. Auch hier im Hohen Hause hat sich die Einschätzung der Lage in den letzten zwölf Monaten völlig geändert. Dies ist ein Erfolg der Politik der Bundesregierung.

Wir haben konstruktiv mitgearbeitet. Wir können heute mit Recht für uns in Anspruch nehmen: **Die Bundesrepublik Deutschland, die Koalitionsparteien und diese Bundesregierung haben einen wesentlichen Beitrag zu der Möglichkeit geschaffen, daß es jetzt zu diesem Treffen kommt.**

**Die Bundesregierung bleibt der Auffassung, daß die Genfer Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenflugkörper in einem umfassenden Abrüstungsprozeß eingebettet bleiben müssen, der sich auf alle Waffensysteme erstrecken und zu weiteren Abrüstungsschritten führen muß.**

Ich denke, Herr Kollege Brandt, daß wenigstens das doch ein Punkt ist, auf den wir uns vielleicht verständigen können.

Folgende Abrüstungsschritte halten wir für erforderlich und möglich:

**Erstens:** Im Abrüstungsprozeß der Großmächte erwarten wir eine Einigung über

die **50prozentige Reduzierung der strategischen Offensivpotentiale** beider Seiten. Eine weitgehende Einigung auf dieser Basis ist bereits im Oktober letzten Jahres beim Gipfeltreffen in Reykjavik ausgehandelt worden.

Eine solche Einigung würde die Beseitigung von insgesamt etwa 10 000 nuklearen Sprengköpfen vorsehen. Zu den noch offenen Problemen in diesem Bereich habe ich bereits am 18. März hier erklärt — ich darf das wiederholen —:

In Genf müssen beide Verhandlungspartner Anstrengungen unternehmen, für das Verhältnis von Offensiv- und Defensivwaffen eine die Sicherheitsinteressen beider Seiten berücksichtigende kooperative Lösung zu finden. Dies gilt auch für die Anwendung des ABM-Vertrages.

Ich bin weiterhin der Auffassung, daß drastische Reduzierungen der Offensivwaffen Einfluß auf Notwendigkeit und Umfang von Defensivsystemen haben müssen.

### Konvention über ein Verbot chemischer Waffen

Die Bundesregierung hofft, daß eine endgültige Einigung in absehbarer Zeit zustande kommt. Ein Abschluß im INF-Bereich könnte das beiderseitige Vertrauen für einen solchen entscheidenden Schritt zum Abbau der strategischen Systeme fördern.

**Zweitens:** Wir streben so rasch wie möglich eine **Konvention über ein weltweites Verbot chemischer Waffen** an. Die sehr komplizierten Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz sind so weit fortgeschritten, daß die noch offenen Verifikationsfragen kein entscheidendes Hindernis mehr bilden dürfen, diese grausame Waffenkategorie endgültig und weltweit abzuschaffen.

Die Bundesregierung erkennt an, daß auch die Sowjetunion in den strittigen Fragen der Verifikation Bewegung gezeigt hat. Es ist ermutigend, daß das Abschlußkommunique des Warschauer-Pakt-Gipfels in der vergangenen Woche in Ost-Berlin einen Abschluß der Verhandlungen noch in diesem Jahr erneut für möglich erklärte.

### Stabiles Kräfteverhältnis auf niedrigerem Niveau

Wir erwarten weitere Flexibilität und ergebnisorientiertes Verhandeln auf beiden Seiten. In Anbetracht des erreichten Verhandlungsstandes ist dies im übrigen nicht der geeignete Zeitpunkt, neuartige oder geographisch begrenzte Konzepte einzuführen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz von Anfang an energisch mitgestaltet und wird dies in der entscheidenden Schlußphase erst recht tun.

Auch in diesem Zusammenhang muß an die besonders exponierte Lage Deutschlands und unsere besondere Bedrohung durch chemische Waffen erinnert werden. Wir erwarten deshalb von jedermann Respektierung unseres vorrangigen Interesses an einer solchen Konvention.

**Drittens:** Logischer nächster Schritt im Abrüstungskonzept der Bundesregierung und ihrer Verbündeten ist es, ein nachprüfbares, ein umfassendes und stabiles Kräfteverhältnis konventioneller Streitkräfte auf niedrigerem Niveau in ganz Europa zu schaffen. Unser Bündnis hat deshalb in Vorbereitung solcher Verhandlungen erhebliche Vorarbeiten geleistet. In Wien laufen Vorgespräche zwischen den Mitgliedstaaten der beiden Paktsysteme über ein Mandat einer Konferenz für konventionelle Rüstungskontrolle. Es geht im Kern darum, Ungleichge-

wichte zu unseren Lasten zu beseitigen. Wir begrüßen deshalb die im Kommunique des Warschauer Paktes vom 29. Mai 1987 erklärte Bereitschaft, die „entstandene Ungleichheit bei einigen Elementen“ zu beseitigen, als Schritt in die richtige Richtung.

Der Bundesregierung und ihren Verbündeten geht es vor allem darum:

- einen stufenweisen Verhandlungsprozeß in Gang zu bringen, der die unverminderte Sicherheit aller Betroffenen in jeder Phase gewährleistet;
- die Fähigkeit zu Überraschungsangriffen oder zur Einleitung von raumgreifend angelegten Offensiven zu beseitigen;
- weitere Maßnahmen zur Vertrauensbildung, zur Verbesserung der Offenheit und Berechenbarkeit militärischen Verhaltens festzuschreiben;
- bei europaweiter Geltung regionalen Ungleichgewichten Rechnung zu tragen;
- Umgehungen zuverlässig auszuschließen und letztlich
- wirksame Überprüfungsregeln zu entwickeln, die einen detaillierten Informationsaustausch und Vor-Ort-Inspektionen einschließen.

Außerdem bleibt eine zweite Etappe der Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen in Europa

### Wir verlassen uns auf unsere Freunde

erforderlich. Der Abschluß der Verhandlungen von Stockholm sollte für die Zukunft genutzt werden.

Für die Abrüstungsverhandlungen im konventionellen Bereich hat unser Bündnis noch keine endgültigen Entscheidungen über Verhandlungsrahmen und Mandatselemente treffen können. Wir sind hier zusammen mit den britischen Kolle-

gen nachhaltig um einen Kompromiß bemüht.

Angesichts der von mir dargelegten besonderen Bedrohung der Bundesrepublik Deutschland durch das konventionelle Übergewicht des Warschauer Paktes, das sich durch Schritte im Bereich der nuklearen Abrüstung noch verschärfen würde, drängt die Bundesregierung auf eine zügige Einigung, damit der Weg für notwendige Abrüstungsverhandlungen endlich frei wird.

Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich haben im Hinblick auf die Schritte der Großmächte zur nuklearen Abrüstung in Europa ein gleichgerichtetes Interesse an größerer konventioneller Stabilität auf niedrigerem Niveau.

**Die Bundesregierung hält deshalb Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa vom Atlantik bis zum Ural — ein Begriff, den wir, wie wir wissen, Charles de Gaulle verdanken — nur mit Frankreich für vorstellbar. Wir verlassen uns in dieser Frage in einer besonderen Weise auf unsere französischen Freunde.**

Gerade die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, daß die sicherheitspolitische Gemeinsamkeit mit Frankreich für uns immer wichtiger wird. Die deutsch-französischen Konsultationen vor zwei Wochen haben in diesem Geiste stattgefunden. Es geht darum, daß die deutsch-französische Partnerschaft auch auf diesem Gebiet verstärkt zu gemeinsamem politischen Handeln reift.

Es ist für mich eine große Befriedigung, daß ich bei meinem gestrigen Gespräch mit den Repräsentanten der wesentlichen Fraktionen in der französischen Kammer in der außenpolitischen Kommission die Gelegenheit zu einem Meinungsaustausch hatte, der zu einer ziemlichen Übereinstimmung in dieser speziellen Frage führte. Auch die französischen Kollegen machten deutlich, daß die

Stunde einer engen Verbindung auch im Bereich der Sicherheitspolitik mit der Bundesrepublik in Frankreich gekommen ist, daß wir die Chancen des Elysee-Vertrags endlich nutzen sollten.

Ich bin überzeugt, daß dies einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit Westeuropas insgesamt darstellen kann. Die dadurch geförderte Entwicklung der Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten der WEU und deren institutionelle Stärkung bilden nach Auffassung der Bundesregierung ein wichtiges Element auch des europäischen Einigungswerkes.

In meiner Regierungserklärung im März habe ich die Hoffnung ausgesprochen, daß es zu einem breiten Konsens in diesem Haus zu den Schlüsselfragen der Sicherheitspolitik, insonderheit zu unserer Bündnistreue sowie zu Abrüstungs- und Rüstungskontrollfragen kommen möge.

## Unsere Pflicht gegenüber nachfolgenden Generationen

Fragen, die die Sicherheit unseres Volkes bis weit ins nächste Jahrhundert hinein vorprägen, eignen sich nicht für eine kurzsichtige und kurzfristige parteipolitische Auseinandersetzung.

Wir sollten uns dabei vor allem nicht den guten Willen in den Intentionen unserer Überlegungen in Kernfragen unserer Sicherheit absprechen. Wir sollten uns vor Augen halten, daß ein grundlegendes Einvernehmen über Parteigrenzen hinweg auch die Vertretung der besonderen deutschen Interessen auf der internationalen Ebene erleichtert.

Die bestmögliche Vertretung des wohlverstandenen nationalen Interesses gerade auf dem Gebiet der Sicherheit ist dabei eine unserer vornehmsten Pflichten gegenüber nachfolgenden Generationen.



Heiner Geißler

## Eine Chance für Abrüstung und sicheren Frieden

Gegenwärtig erleben wir einen historischen einmaligen Vorgang, einen Vorgang, der eine Wende in den Beziehungen zwischen Ost und West bedeuten kann. Zum ersten Mal in der Geschichte besteht Abrüstung in mehr als Rüstungsbegrenzung. Die Großmächte vereinbaren gegenwärtig nicht nur Rüstungsobergrenzen, sie sind dabei, eine ganze Kategorie modernster atomarer Waffensysteme zu verschrotten. Es werden Waffen nicht nur ausgemustert, weil sie veraltet sind, sondern weil ein politischer Wille zu ihrer Beseitigung da ist.

Die Christlich Demokratische Union ist stolz darauf, daß dieses abrüstungspolitische Ergebnis von historischem Rang möglich geworden ist durch die Festigkeit der Bundesregierung bei der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses, der ein Fahrplan zur Null-Lösung war. Ohne diese Entscheidung hätte die Sowjetunion keinerlei Anreiz gehabt, ihre SS 20-Mittelstreckenraketen abzubauen. Die Sowjetunion hat jetzt begriffen, daß sich innerhalb der westlichen Demokratien die Gegner der NATO nicht haben durchsetzen können. Auch der sich jetzt abzeichnende Abbau der sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite entspricht dem politischen Ziel der CDU, Frieden mit weniger Waffen zu schaffen.

Die Spannungen zwischen Ost und West haben ihre Ursache in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur. Diese Unvereinbarkeit verlangt eine politische und geistige Auseinandersetzung. Diese können wir nur dann erfolgreich führen, wenn wir politisch unabhängig sind, und

die Voraussetzung unserer politischen Unabhängigkeit ist unsere militärische Sicherheit.

Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland kann letzten Endes nur durch eine Politik garantiert werden, die zwei Elemente beinhaltet:

- Verteidigungsbereitschaft- und Verteidigungsfähigkeit auf der einen Seite
- Abrüstung und Entspannung auf der anderen Seite.

Zur Sicherheitspolitik der Christlich Demokratischen Union hat stets die Forderung nach weltweiter Abrüstung gehört. So sagte **Konrad Adenauer** auf dem 9. CDU-Bundesparteitag 1966 in Karlsruhe:

*„Ich habe von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden,...daß die Hauptsache die Abrüstung ist... Die Welt will endlich Frieden haben. Nachdem wir im Jahre 1945 zusammengebrochen sind, will sie Frieden haben und die Welt hat auch — das gilt für alle Völker — ein Recht darauf, endlich einmal frei zu werden von der ewigen Furcht. Das ist kein menschliches Leben, wie es jetzt auf der Erde geführt wird. Kein Volk kann dabei Fortschritt machen, wenn die Rüstungslast, nicht nur die finanzielle, die materielle Last, wenn nicht dieser geistige Druck endlich von der Welt genommen wird.“*

Der Wille zur Abrüstung ist ein Vermächtnis christlich-demokratischer Politik seit Adenauer. Verteidigung und Entspannung, Abrüstung und Sicherheit sind immer gleichwertige Elemente der Außenpolitik der Christlich Demokratischen Union gewesen. 1982 hat die CDU in ihrer Berliner Erklärung festgestellt: *„Die CDU sieht in den Abrüstungsver-*

*handlungen das Tor zu einer friedlicheren Welt bei verminderter Rüstung. Wir finden uns mit dem Status quo einer hochgerüsteten Welt nicht ab... Ernsthafte Verhandlungen über Rüstungsstop und Abrüstung halten wir für ein ethisches Postulat.“*

Die Christlich Demokratische Union will den Abrüstungsprozeß noch weiter treiben. Wir fordern die vollständige Beseitigung aller chemischen Waffen und die Beseitigung der konventionellen Überlegenheit der Warschauer-Pakt-Staaten, vor allem bei der Panzerwaffe, mit dem Ziel eines wirklichen militärischen Gleichgewichts in Europa.

**Der NATO-Doppelbeschluß, der für die CDU stets ein Fahrplan zur Null-Lösung gewesen ist, wurde von der Union gegen den Widerstand von Sozialdemokraten, Grünen, der sogenannten Friedensbewegung und der Kommunisten durchgesetzt.**

Helmut Schmidt ist der Erfinder des NATO-Doppelbeschlusses gewesen. Politisch durchgesetzt hat ihn die Union. Die SPD hat Helmut Schmidt im Stich gelassen: Wenn es nach ihr gegangen wäre, dann hätte die Sowjetunion ihre SS 20-Mittelstreckenraketen behalten dürfen und der Westen hätte auf ein Gegengewicht verzichten müssen. Die historische einmaligen Abrüstungserfolge, die sich abzeichnen, wären niemals unter einer SPD-Regierung zustande gekommen, sondern von ihr — sicherlich ungewollt — verhindert worden.

Wenn Sozialdemokraten Abrüstung sagen, dann meinen sie einseitige Abrüstung des Westens. Die Abrüstungspolitik der Union unterscheidet sich grundsätzlich von dieser sozialdemokratischen Konzeption. Die CDU geht in Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten und den anderen Partnern des westlichen Bündnisses davon aus, daß Abrüstung zwar die wichtigste aktuelle außenpolitische Aufgabe ist, daß aber am Ende von

Abrüstungsprozessen die Sicherheit nicht geringer sein darf als zuvor und Kriege nicht führbar werden dürfen. Abrüstung und Entspannung müssen dem Frieden in Freiheit dienen. Der geplante Abbau der Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (500—1000 km) erfüllt diese Kriterien christlich-demokratischer Abrüstungspolitik. Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird dadurch nicht beeinträchtigt. Denn unsere Sicherheit hat zwei entscheidende Komponenten:

■ Die Präsenz der amerikanischen Truppen in Europa und vor allem in der Bundesrepublik Deutschland.

■ Die Abschreckungswirkung atomarer Waffen, auf die wir angewiesen sind, solange eine konventionelle Übermacht der Sowjetunion besteht.

## Ein politisches Signal zu einer neuen Hoffnung

An der ersten Komponente unserer Sicherheit ändert sich durch die Null-Lösung nichts, die Amerikaner bleiben in Europa. Auch das Spektrum der atomaren Abschreckung bleibt erhalten, wenn auch in einem bestimmten Waffenbereich in reduzierter Form. Der angestrebte Abbau der Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite beinhaltet gleichzeitig den Verzicht auf die Nachrüstung in diesem Bereich. Unsere Sicherheit wird auch dadurch verbessert, daß die Sowjetunion, die als einzige in diesem Bereich Raketen und atomare Sprengköpfe besitzt, diese vollkommen beseitigt.

Es ist Auffassung in der NATO, daß seegestützte Raketen in das Abschreckungsspektrum der NATO einbezogen werden können und dies ein Ausgleich für den Abbau landgestützter Raketen sein könne. Die Strategie der „flexible response“ wird so in einem bestimmten

Bereich zwar anders realisiert als bisher, aber keinesfalls aufgegeben. Unsere Sicherheit wird durch die Verschrottung von drei Prozent aller atomaren Waffen auf der Welt nicht gefährdet. Es bleiben genügend Waffen, die unsere Sicherheit gewährleisten. Es ist aber ein großartiger Erfolg und ein hoffnungsvolles Signal, wenn zum ersten Mal in der Geschichte moderne Waffensysteme beseitigt werden.

**Zum politischen Grundgesetz Adenauer-scher Außenpolitik gehörte das Bündnis und die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika.**

Die sich jetzt anbahnende Abrüstung in Ost und West, die wir wollen, wird unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten festigen. Die Bereitschaft der Amerikaner, im Kriegsfall die Bundesrepublik Deutschland, Berlin zu verteidigen, ist nicht abhängig von der Existenz landgestützter Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite. Auf die Amerikaner ist als Bündnispartner Verlaß.

**Mit den Vereinigten Staaten verbindet uns — unterschiedliche Auffassungen in Einzelfragen schließt dies nicht aus — die Grundüberzeugung, daß ein menschenwürdiges Leben Freiheit, Achtung der Menschenrechte und Demokratie voraussetzt. Diese gemeinsamen Grundüberzeugungen und die politische Allianz mit den USA und den übrigen westlichen Bündnispartnern sind letzten Endes für unsere Sicherheit entscheidend.** Die Bundesrepublik Deutschland kann Verteidigungspolitik niemals gegen das, sondern nur mit dem Bündnis machen, wenn sie die Voraussetzungen ihrer Freiheit nicht gefährden will. Zur Freundschaft mit den Amerikanern gibt es keine Alternative.

Der abrüstungspolitische Erfolg, der sich durch den Abbau von Mittelstreckenraketen abzeichnet, ist durch die Politik der Bundesregierung möglich gemacht wor-

den. Er kann zu einem politischen Signal und zu einer neuen Hoffnung für die Menschheit werden. Wir sollten nicht kleingläubig sein, was die Zukunft von Freiheit und Frieden in dieser Welt angeht. Ein Erfolg in der Abrüstung ist Anlaß zu Hoffnung, weil er zeigt, daß durch eine kluge und konsequente Politik Fortschritte im Interesse aller Menschen zu erreichen sind.

## Pressestimmen zur Regierungserklärung des Bundeskanzlers

### Kohls Chance

*Kohl hat jetzt eine große Chance. Kommt es nämlich noch in diesem Herbst, wie allgemein erwartet, zur Unterzeichnung eines amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsvertrages in Genf, der zunächst einen schrittweisen Abbau der Raketen mit Reichweiten zwischen 1000 und 5000 Kilometer vorsieht, dann könnte er sich den ersten Bundeskanzler nennen, unter dessen Ägide ein wirksamer Schritt zur Abrüstung — und nicht nur Waffenbegrenzung — in unserem Lebensbereich getan wird. (Rheinische Post)*

### Breites Fundament

*Als beruhigendes Ergebnis steht fest, daß sich Bonns Sicherheits- und Abrüstungspolitik auf ein solides Mehrheitsfundament stützen kann. Das gilt sowohl für die Abrüstungsschritte als auch für die besondere Mitwirkungsrolle, die der Bundesrepublik bei der Verwirklichung eines europäischen Friedenskonzepts zufällt. Es gilt für die dazu notwendige feste Einbindung in die westliche Gemeinschaft ebenso wie für das große Gewicht gemeinsamer deutsch-französischer Sicherheitspolitik.*

(General-Anzeiger)

Alfred Dregger

## Der Abrüstungsprozeß muß sich fortsetzen

Auszüge aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stimmt der Regierungserklärung — ich möchte sagen: der eindrucksvollen Regierungserklärung zu und unterstützt sie durch eine Entschließung, die sie gemeinsam mit der FDP dem Hause vorlegt.**

Ohne uns, ohne die Festigkeit von CDU/CSU und FDP in der Nachrüstung — Sie, meine Damen und Herren der Opposition, standen damals gegen uns — wäre dieser Abrüstungsprozeß nicht in Gang gekommen. Wir haben daher Anlaß, Sie, Herr Bundeskanzler, zu einer Politik zu beglückwünschen, die den jetzt in Gang gekommenen Abrüstungsprozeß möglich gemacht hat.

Alfred Dregger skizzierte dann in seiner Rede künftige Abrüstungsbereiche:

**1. Die Atomraketen mit Reichweiten unter 500 km.** Von den bisher laufenden Gesprächen werden sie nicht erfaßt. Es handelt sich um 1 430 atomare Waffensysteme der Sowjetunion und um 160 der NATO. Diese Waffensysteme, die auch bei einer sogenannten doppelten Null-Lösung bleiben, reichen aus, um unser geteiltes Land zu vernichten. Sie können zudem aufgrund ihrer geringen Reichweiten nur Deutschland und einige Grenzgebiete seiner Nachbarn treffen.

**2. Die Panzerarmeen des Warschauer Paktes,** die uns mit mehrfacher Überlegenheit mitten in Deutschland hautnah gegenüberstehen. Nur um der Abschreckung dieser sowjetischen Panzerarmeen willen haben wir der Aufstellung amerikanischer Raketen auf deutschem Boden zugestimmt, nicht sehr gerne, aber als einziges Mittel, um das Gleichgewicht auszubalancieren.

**3. Die chemischen Waffen,** von denen die Sowjetunion in den letzten Jahrzehnten riesige Bestände angehäuft hat. Auch sie bedrohen unser geteiltes Land, an der Militärgrenze von Ost und West mehr als jedes andere Land.

Wer sich diese Tatbestände vor Augen führt, kann mir nur zustimmen, wenn ich sage, daß sich der Abrüstungsprozeß fortsetzen muß, daß er nicht auf irgendwelche „Brandmauern“ stoßen darf, an denen er enden soll. **Nicht nur im konventionellen und im chemischen Bereich — auch bei den atomaren Raketen mit Reichweiten unter 500 km muß abgerüstet werden.**

Bei aller Bedeutung der USA für die Sicherheit des freien Europa: Entscheidend ist auf die Dauer, was die Europäer selber für ihre Sicherheit zu tun bereit sind. **Deutsche und europäische Sicherheit** muß durch eine engere Koordinierung Frankreichs und Deutschlands im Streitkräftebereich besser aufeinander abgestimmt werden, als es bisher der Fall ist. Bonn, Paris und London sollten in Abstimmung mit den anderen NATO-Verbündeten ein **Gesamtabrüstungskonzept** für die Abrüstungsgespräche der Weltmächte erarbeiten. Nur so werden die Europäer als Hauptbetroffene in der Lage sein, das Abrüstungsgespräch durch eigene Initiativen mitzubestimmen und aus der Rolle desjenigen herauszukommen, der auf die Vorschläge Gorbatschows immer nur — leider manchmal hilflos — reagieren muß.

Im übrigen empfehle ich, die Abrüstungsgespräche mit unseren europäischen Verbündeten und mit den USA durch intensive **Gesprächskontakte mit der Sowjetunion** zu ergänzen.

Theo Waigel

# Klare Haltung des Westens führte zum Erfolg

Auszüge aus den Reden des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion

**Ohne die klare Haltung des Westens beim NATO-Doppelbeschluß läge heute in Genf kein Vertragsentwurf vor, der einen vollständigen Abbau nuklearer Mittelstreckenraketen in Westeuropa vorsieht.**

**Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel hat am 21. November 1983 im Bundestag die Nachrüstung der NATO abgelehnt. Seine Argumente damals: Die UdSSR werde nicht ein einziges ihrer Systeme abbauen.**

Die Argumentation des Kollegen Vogel wurde durch die tatsächliche Entwicklung völlig widerlegt. In der Debatte im November 1983 haben sämtliche Sprecher der Opposition die Forderung der Regierungskoalition nach einer Null-Lösung abgelehnt. In all den Jahren seit dem Abschied von Helmut Schmidt — bis zum Gipfel von Reykjavik — forderte die SPD die Anerkennung eines sowjetischen Monopols bei den Mittelstreckenraketen. Das muß man sich vor Augen führen, wenn man heute die Reden der SPD analysiert.

Mit Nachgiebigkeit, Anbiederung und einseitigen Vorleistungen erzielen Sie in der Abrüstungspolitik keine Erfolge.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht fest: Auch in Zukunft ist die Gewährleistung von Frieden und Freiheit im Westen nur möglich auf der Grundlage einer wirksamen nuklearen Komponente. Solange der Warschauer Pakt im Bereich der konventionellen Streitkräfte ein enormes Übergewicht besitzt, muß die NATO am Konzept der nuklearen Abschreckung festhalten.

Die Bemühungen einiger SPD-Abgeordneter, so vor allem der Kollegen von Bülow und Scheer, dieses konventionelle Übergewicht zu bestreiten, sind absurd. Wäre dem nicht so, hätten alle SPD-Verteidigungsminister — Schmidt, Leber und Apel — mit ihren jährlichen Weißbüchern das Parlament falsch informiert. Ich hoffe doch, daß dem nicht so gewesen ist. Erfreulicherweise räumen mittlerweile auch die Regierungschefs der Staaten des Warschauer Paktes diese Überlegenheit offen und ehrlich ein.

Solange das erschreckende Übergewicht im Kurzstreckenbereich und im konventionellen Bereich anhält, sind für uns der Verbleib und die Einsatzfähigkeit der Pershing I a unverzichtbar. Bei einem Abbau dieses Faustpfands, wäre, wollte man das Gleichgewicht auf allen nuklearen Ebenen aufrecht erhalten, eine Nachrüstung des Westens im Kurzstreckenbereich erforderlich. Und genau das wollen wir nicht.

Wer unsere Bevölkerung jetzt glauben machen will, mit den bevorstehenden Genfer Abmachungen seien die Probleme zwischen West und Ost gelöst, lenkt von den eigentlichen, den ursächlichen Problemen ab.

Der Westen würde mit Freuden abrüsten, unterstützt von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung, wenn es die Spannungen nicht gäbe! Wenn die Sowjetunion an einem neuen Klima des Vertrauens in Europa wirklich interessiert ist, dann muß sie hier ansetzen und damit beginnen, den Völkern Osteuropas mehr Selbstbestimmungsrecht und mehr Menschenrechte zu gewähren.

Manfred Wörner

## Unser Ziel heißt ein stabilerer Frieden

Auszüge aus der Rede des Bundesministers der Verteidigung

**Unsere wichtigste Aufgabe — und das sollten wir nicht aus dem Auge verlieren — bleibt es, die Sicherheit unseres Landes, die Sicherheit unserer Bürger in der Bundesrepublik Deutschland — ich sage: die Sicherheit aller Deutschen —, die Sicherheit aller Europäer zu verbessern.**

Und wir haben ein ganz klares Ziel. Unser Ziel heißt ein stabilerer Frieden. Alles, was den Frieden stabiler macht, alles, was ihn sicher macht, ist gut für die Menschen unseres Landes, und alles, was ihn schwächt, ist schlecht für die Menschen unseres Landes. Und es kann doch unter vernünftigen Menschen keinen Zweifel geben: Wenn ich Sicherheit durch Abrüstung herstellen kann, dann ziehe ich das der Sicherheit durch Aufrüstung vor, auch und gerade als Verteidigungsminister.

Die historische und fortdauernde Ursache der regionalen Nuklearbewaffnung der NATO in Europa — das darf man eben nicht leugnen und nicht wegreden — ist die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes. Es ist an der Zeit, daß wir endlich dafür sorgen, daß die Sowjetunion von diesem Übergewicht heruntergeht und sich genau wie wir auf Verteidigung beschränkt.

Nuklearwaffen sind nicht Waffen der Kriegsführung, Nuklearwaffen sind Waffen der Kriegsverhinderung. Dieser Tatsache ist es sogar ganz entscheidend mit zu verdanken, daß unser Land, daß dieses Europa vierzig Jahre vom Krieg verschont blieb, während rings um uns 140 Kriege geführt wurden.

Deshalb würde eine Rüstungskontrollpo-

litik, die nur auf eine völlige Beseitigung der Kernwaffen abzielte, nicht mehr Sicherheit, sondern weniger Sicherheit bewirken. Sie würde Kriege wieder führbar machen, und damit würde Krieg in Europa mit modernen konventionellen Waffen als Mittel einer expansiven Politik wieder vorstellbar.

Wir müssen unseren Mitbürgern sagen — dazu muß man den Mut aufbringen, auch heute noch —, daß der Friede nicht allein mit gutem Willen zu sichern ist, nicht allein mit der Bereitschaft zur Zusammenarbeit — die wir haben —, nicht allein mit der Bereitschaft zur Abrüstung — die haben wir —, sondern daß dazu auch eine sichere Verteidigung gehört.

An die Adresse des sowjetischen Generalsekretärs sage ich: Herr Gorbatschow könnte Europa dauerhaft von Spannungen befreien, er könnte seinem eigenen Land enorme Entwicklungschancen eröffnen, er könnte in einem freien und selbstbestimmten Europa einen dauerhaften, freundschaftlich verbundenen und auf Zusammenarbeit ausgerichteten Partner finden, wenn er bereit wäre, Freiheit und Menschenrechte, Selbstbestimmung und freien Austausch einzuräumen und möglich zu machen. Dann träte die Bedeutung der Waffenarsenale zurück.

**Leitlinie unserer Politik ist und bleibt:** eine gesicherte Verteidigung, auf deren Grundlage wir die Hand zur Versöhnung, zum Ausgleich und zur Verständigung ausstrecken, auf der Basis von Menschenrechten und mehr Freiheit für alle Menschen. Wir wollen eine Struktur des Friedens, aber eine Struktur des Friedens, die auch eine Struktur der Freiheit ist.

# Ja zur Abrüstungspolitik: Mehr Stabilität mit weniger Waffen in Europa

**Der folgende Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zur Erklärung der Bundesregierung zu Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle wurde am 3. Juni 1987 vom Deutschen Bundestag in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit beschlossen:**

Oberstes Ziel unserer Politik ist es, den Frieden zu sichern und jeden Krieg — konventionell wie nuklear — zu verhindern. Aus diesen Erwägungen hat unser Bündnis seine bewährte Strategie der flexiblen Reaktion entwickelt. Sie ist eine Strategie der Kriegsverhinderung. Sie hat Kriege bisher verhindert und wird dies auch in Zukunft tun. Für sie gibt es in absehbarer Zeit keine Alternative. Für ihre Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit bedarf es ausgewogener nuklearer und konventioneller Streitkräfte. Deshalb kann unser Bündnis auf absehbare Zeit auf Nuklearwaffen nicht völlig verzichten. Ebenso unverzichtbar für unsere Strategie der Kriegsverhinderung bleibt die Präsenz der verbündeten Truppen, insbesondere der amerikanischen Streitkräfte in Europa.

Der Deutsche Bundestag befürwortet in der Konsequenz und Kontinuität die Friedenspolitik der Bundesregierung, die Herstellung stabiler, ausgewogener und damit für alle Staaten sicherer Kräfteverhältnisse in Europa durch weitgehende Abrüstung in allen Bereichen.

Der Deutsche Bundestag erstrebt Rüstungskontrollvereinbarungen, die erhöhte Sicherheit aller Beteiligten auf einem möglichst niedrigen, gleichgewichtigen Streitkräfteniveau gewährleisten. Dies setzt voraus, daß die berechtigten

Sicherheitsinteressen aller — der großen wie der mittleren und der kleineren Staaten — berücksichtigt werden. Grundlage unseres Bündnisses ist: Die Sicherheit des einen ist die Sicherheit des anderen. Es darf keine geringere Sicherheit geben, weder im Verhältnis der amerikanischen und europäischen Bündnispartner noch im Verhältnis der europäischen Bündnispartner untereinander.

Entsprechend dieser Politik und aufgrund der Bündnisbeschlüsse von 1979 und 1983 (Montebello) werden im Zeitraum von 1980 bis 1988 insgesamt 2400 amerikanische nukleare Gefechtsköpfe einseitig und ersatzlos aus Europa abgezogen. Dies bringt das nukleare Potential des Bündnisses auf den niedrigsten Stand seit über 20 Jahren.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die zügige Beseitigung aller weitreichenden landgestützten Mittelstreckenflugkörper im Reichweitenbereich zwischen 1 000 und 5 500 km (LRINF-Systeme) am besten weltweit zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Damit würde erstmalig ein weitreichender Schritt zur Abrüstung möglich. Dieser Erfolg wäre vor allem das Ergebnis der festen und geschlossenen Haltung der Bundesregierung wie des gesamten Bündnisses bei der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses. Es wäre gleichzeitig ein Beweis dafür, daß konkrete Abrüstungsschritte auf der Grundlage eines fairen Ausgleichs der Interessen beider Seiten erreichbar sind.

Der Deutsche Bundestag spricht sich dafür aus, daß die noch in Europa vorhandenen amerikanischen und sowjetischen bodengestützten nuklearen Systeme in einem Reichweitenbereich

zwischen 0 und 1 000 km in Verhandlungen Schritt für Schritt im Zusammenhang mit der Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts und einer weltweiten Beseitigung chemischer Waffen deutlich und überprüfbar reduziert werden.

Ein erster Schritt wäre eine global geltende Vereinbarung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion, daß sie in Zukunft keine Mittelstreckenflugkörper kürzerer Reichweite (500 bis 1 000 km) haben werden. In diesem Sinne tritt der Deutsche Bundestag dafür ein, daß die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf so schnell wie möglich zum Erfolg gebracht werden.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß wie bisher die 72 Flugkörper vom Typ Pershing Ia der Bundeswehr nicht Gegenstand der laufenden Verhandlungen sind und auch nicht werden können. Er befindet sich dabei — wie die Bundesregierung — in Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit den anderen Verbündeten.

Der Deutsche Bundestag hält als nächste Schritte auf dem Wege zu einer umfassenden Abrüstung für erforderlich und möglich:

- 50 % Reduzierung der strategischen Kernwaffenarsenale der Sowjetunion und der USA;
- die weltweite Beseitigung der chemischen Waffen;
- die Verringerung der konventionellen Land- und Luftstreitkräfte in Europa vom Atlantik bis zum Ural auf ein ausgewogenes niedriges Niveau; dies setzt die Beseitigung der Überlegenheit des Warschauer Pakts bei den konventionellen Kräften voraus;
- die weitere substantielle Verringerung des in Europa noch vorhandenen nuklearen Potentials der USA und der Sowjetunion.

## Reagan begrüßt Bonns Haltung zur Abrüstung

**Nach dem Treffen Reagans mit Kohl beim Weltwirtschaftsgipfel in Venedig sagte Regierungssprecher Friedhelm Ost, der Präsident habe den Beschluß der Koalition und die Regierungserklärung des Kanzlers vor dem Bundestag zum Abbau der Mittelstreckenraketen in Europa begrüßt. Auch die USA seien für eine schrittweise Abrüstung „ohne Junktim und ohne Hürden aufzubauen“. Sie gingen davon aus, daß Reagan noch in diesem Jahr mit dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow zusammentreffen werde.**

In seiner Fernsehansprache anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels ging der Präsident der USA, Ronald Reagan, auch auf die Abrüstungsfrage ein: Unsere Ausdauer und Standhaftigkeit könnten sich jetzt in einem Abkommen auszahlen, das unseren Interessen und Bedingungen sehr entgegenkommt. Wir sind natürlich noch nicht so weit; einige schwierige Fragen sind noch zu klären, doch die Aussichten sind gut. Es ist wichtig zu betonen, daß das INF-Abkommen, das wir jetzt aushandeln, nicht das Ende, sondern der Anfang der Rüstungskontrollbemühungen sein wird ...

Die Vereinigten Staaten werden in ihrer Verpflichtung zur Verteidigung Europas nicht nachlassen. Wir werden die Glaubwürdigkeit der NATO-Doktrin der flexiblen Erwiderng aufrechterhalten, die uns gute Dienste geleistet hat und das Zentrum der Bündnisstrategie bleibt.



17. Juni 1987

# Freiheit und Einheit für alle Deutschen

Am 17. Juni 1953, heute vor 34 Jahren, erreichte der Volksaufstand in der DDR seinen Höhepunkt. Um gegen die unzumutbaren Arbeitsnormen zu protestieren, waren zunächst die Arbeiter auf die Straße gegangen; ihnen schlossen sich immer mehr Menschen aus allen Schichten an, in Ost-Berlin und vielen anderen Städten. Sie alle einte die Forderung nach Freiheit und Menschenrechten. Sowjetische Besatzungstruppen haben den Freiheitsdrang unserer Landsleute mit brutaler Gewalt unterdrückt.

**Die Geschehnisse vom Juni 1953 belegen: Die wahren Ursachen des West-Ost-Konflikts sind die Unvereinbarkeit von Freiheit und Unfreiheit, der Gegensatz von Demokratie und Diktatur. Wahrer Friede kann nur dort gedeihen, wo Menschenwürde und Freiheitsrechte geachtet werden.**

Immer noch werden unseren Landsleuten in der DDR Menschen- und Freiheitsrechte vorenthalten. Die Teilung unseres Vaterlandes ist immer noch bittere Wirklichkeit; doch der Freiheits-

wille der Deutschen in Ost und West ist ebenso ungebrochen wie die Hoffnung, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Die CDU tritt allen Versuchen entgegen, das Selbstbestimmungsrecht für die Deutschen in der DDR preiszugeben, der DDR eine eigene Staatsbürgerschaft zuzugestehen und das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes aufzugeben. Unser Ziel bleibt: Freiheit und Einheit für alle Deutschen. Wir wollen die Wiedervereinigung unseres Landes in einer europäischen Friedensordnung.

*„Wir halten fest an der Einheit unserer Nation. Auch vier Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die deutsche Frage rechtlich, politisch und geschichtlich offen. Die deutsche Nation besteht fort, getragen durch das Bewußtsein der Deutschen in West und Ost.“*

*(Bundeskanzler Helmut Kohl am 18. März 1987 im Deutschen Bundestag)*

Am 17. Juni 1987 fordern wir erneut:

- **Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl müssen weg.**
- **Freizügigkeit in Deutschland, das heißt Reisefreiheit für alle Menschen und ungehinderten Fluß von Informationen und Meinungen.**
- **Einhaltung der Menschenrechte und Gewährung der Grundrechte für unsere Landsleute in der DDR.**

**CDU**  
**Die Zukunft**

# „Die Mauer muß weg“

## Unruhen in Ost-Berlin nach Rock-Konzerten im Westen

Zu einer politischen Demonstration gegen die Mauer entwickelte sich vom Pfingstsamstag bis -montag der Protest Tausender Ost-Berliner Jugendlicher, die ein vor dem Reichstagsgebäude in West-Berlin stattfindendes Rockkonzert mithören wollten. Als Volkspolizeieinheiten sie daran zu hindern versuchten, ertönten Sprechchöre wie „Die Mauer muß weg“, „Wir wollen Freiheit“ und „Bullen raus“. Die Volkspolizei setzte Schlagstöcke ein und nahm zahlreiche Jugendliche fest. In der Nacht zum 9. Juni 1987 wiederholten sich die Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen Rockfans und Volkspolizei, in deren Verlauf Fernseh- und Hörfunkreporter aus der Bundesrepublik Deutschland gezielt von Angehörigen des Staatssicherheitsdienstes angegriffen wurden.

Zu diesen Ereignissen Stimmen der Presse vom 9. Juni 1987:

„Nicht abhauen, aber mal rüberfahren, das wünschen sich heute immer mehr DDR-Jugendliche, die einmal aus dem Mief eines Staates herauskommen möchten, der seine Bürger nur unter Aufsicht hält.“

(EXPRESS)

„Die Demonstranten in Ost-Berlin erfahren die Spaltung auf ihre Weise: nicht einmal zuhören dürfen sie. Kein Wunder, wenn der Ruf ertönt: Die Mauer muß weg.“

(Bild)

„... eine politische Qualität, dem banalen Anlaß zum Trotz: Hier empörte sich eine Nach-Mauer-Generation. In jener Nacht wollte niemand die Mauer sprengen, ... junge Menschen ... riefen ihren Protest gegen steingewordene Gewalt heraus.“

(Die Welt)

„In der DDR gärt der Volkszorn, seit sich herumgesprochen hat, daß die SED-Führung keineswegs gewillt ist, Gorbatschow auf seinem Reformkurs zu mehr Offenheit und Bürgermitwirkung zu folgen. Verkrustete Machtstrukturen, unnachgiebige staatliche Härte, so scheint es, lassen sich selten anders aufweichen als durch — manchmal gewalttätigen — Gegendruck.“

(Stuttgarter Zeitung)

„... eine moralische Niederlage ... Am Brandenburger Tor, wenige Kilometer vom roten Rathaus entfernt, wo Honecker Frieden und Völkerfreundschaft beschwor, drosch die Ostberliner Polizei auf Jugendliche ein.“

(Abendpost-Nachtausgabe)

„... sie wollen und können nicht begreifen, daß sie hinter einer Mauer stehen müssen, um Musik ‚von drüben‘ zu hören. Sie können nicht verstehen, daß sie nicht dahin dürfen, wo ihre Musik gemacht wird.“

(Rheinische Post)

„Es ist die furchtsame Unentschlossenheit bei der Öffnung der Mauer für Menschen, Musik und Meinungen, mit der sich die DDR selbst ihre Probleme macht.“

(Westdeutsche Allgemeine Zeitung)

„Die innenpolitische Großzügigkeit, derer sich der SED-Staat allzugerne im Jubiläums-Jahr rühmt, wurde durch das Diktat der Gummiknüppel ersetzt ... auch mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerbau läßt der deutsche Staat im Osten keinen Anlaß aus, muskelspielend seine Macht zu demonstrieren.“

(General-Anzeiger, Bonn)

„... offensichtlich weiß die SED, weshalb es angebracht ist, sich gegenüber den Reformbestrebungen Gorbatschows zurückhaltender als in der Sowjetunion zu verhalten.“

(Kölnische Rundschau)

## Bank für Gemeinwirtschaft:

# Robustheit der Inlandsnachfrage entscheidend für den weiteren Konjunkturverlauf

In der neuesten Ausgabe ihrer „Wirtschaftsblätter“ äußern die Wirtschaftsexperten der Bank für Gemeinwirtschaft die Überzeugung, daß die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik weiterhin aufwärts gerichtet bleibt. Die Binnennachfrage wird auch weiterhin der Motor der Konjunktur sein. Der außenwirtschaftliche Anpassungsprozeß dauert zwar noch an, so daß kaum damit zu rechnen ist, daß die Konjunktur hierzu-lande von dieser Seite Impulse erhält.

Aber die Rahmenbedingungen für eine anhaltend stabile Inlandsnachfrage, d.h. eine lebhaftere Verbrauchs- und Investitionsgüternachfrage, sind in der Bundesrepublik durchaus günstig zu beurteilen:

Der Anstieg der Realeinkommen hält an. Die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie tragen zu einer Stützung der Konsumnachfrage bei. Die Steuersenkungsmaßnahmen im Gesamtbetrag von gut 13 Milliarden DM, die Anfang 1988 in Kraft treten, dürften sich ebenfalls positiv auf das Konsumklima auswirken.

Das Preisniveau wird auch über 1987 hinaus stabil bleiben.

Das niedrige Zinsniveau strahlt weiterhin positiv auf das Investitionsklima aus. Die Unternehmen sind weiterhin bemüht, ihre Marktpositionen gegenüber ausländischen Konkurrenten zu verteidigen. Der Wettbewerb zwingt zur Modernisierung und Erneuerung des Anlagenstocks. Die Investitionsgütermessen in Leipzig und Hannover in diesem Frühjahr signalisieren eine weiterhin gute Investitions-

konjunktur, wenngleich die Zuwachsraten in den kommenden Jahren deutlich geringer ausfallen dürften.

Auch bei den Bauinvestitionen ist mit stabilen Wachstumsbeiträgen zu rechnen. Ein neuer Bauboom ist trotz attraktiver Hypothekenzinsen zwar nicht in Sicht, das erreichte niedrige Wohnungsbauvolumen dürfte aber kaum noch wesentlich überschritten werden. Der öffentliche und der gewerbliche Bau befinden sich bereits im Aufschwung.

Ebenfalls stetige Zuwächse sind vom Staatskonsum zu erwarten.

Unter der Voraussetzung einer anhaltend stabilen Binnennachfrage wird es entgegen aller Schwarzmalerei keinen Konjunkturabschwung geben.

## Gute Nachrichten vom Arbeitsmarkt:

### Arbeitslosigkeit geht zurück, Beschäftigung steigt weiter an

Auf dem Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik setzte sich im Mai die Frühjahrsbelebung fort. Wie schon im April war die Entwicklung wiederum etwas günstiger als gewöhnlich um diese Jahreszeit. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Mai um 117 200 Personen zurückgegangen.

Die Beschäftigung nahm weiterhin zu: Im Vergleich zum Vorjahr fanden 197 000 Menschen einen neuen Arbeitsplatz.

Auch der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit geht zügig voran: Mit 106 000 gemeldeten arbeitslosen Jugendlichen ist der niedrigste Stand seit Mitte 1981 erreicht. Gegenüber dem Vorjahr wurde die

# Verbesserung der Sonderabschreibungen

Zu den vorgesehenen Verbesserungen der Sonderabschreibungen zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Michael Glos**, MdB: Die CDU/CSU-Fraktion hat am 3. Juni 1987 im Finanzausschuß des Bundestages den Antrag eingebracht, die bereits im Regierungsentwurf des Steuer-senkungs-Erweiterungsgesetzes 1988 vorgesehenen Verbesserungen bei der Sonderabschreibung zur Förderung kleiner und mittlerer Betriebe (§ 7g EStG), nämlich

- Erhöhung der Sonderabschreibungen (das sind Zusatzabschreibungen neben der Normalabschreibung) von 10 v. H. auf 20 v. H. der Anschaffungs- oder Herstellungskosten,

- Erweiterung des Kreises der begünstigten Betriebe durch Anhebung der



Erwerbslosigkeit um 10 Prozent abgebaut.

Die Zahl der Kurzarbeiter hat sich ebenfalls merklich verringert. Im Vergleich zum April ist hier ein Rückgang um 27 Prozent zu verzeichnen. Vor allem in der Bauwirtschaft kam diese Entwicklung zum Tragen.

Von den Bundesländern konnte vor allem Schleswig-Holstein einen weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit vermelden: Im Vergleich zum Vormonat sank die Arbeitslosenquote um 7,4 Prozent.

Insgesamt gesehen kann — auch unter Berücksichtigung der gegenüber den Vormonaten wieder etwas besseren Konjunkturaussichten — 1987 mit einer weiterhin positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt gerechnet werden.

Grenze für den Einheitswert des Betriebsvermögens von 120 000 auf 240 000 DM,

- Ausdehnung des Begünstigungszeitraums (Zeitraum, in dem die Sonderabschreibungen nach Wahl des Betriebs in Anspruch genommen werden können) von einem Jahr auf drei Jahre

nochmals aufzustocken, indem der Begünstigungszeitraum nicht nur auf 3 Jahre, sondern auf 5 Jahre erweitert wird. Dadurch wird die (Neben-)Wirkung des § 7g EStG als Instrument zur Glättung von Gewinnschwankungen verstärkt. Die Wirkungsweise des § 7g EStG wird insoweit nochmals ein Stück an die Wirkungsweise der von Handwerk und Mittelstand angestrebten steuerstundenden Investitionsrücklage angenähert.

Für den einzelnen Betrieb wird die Möglichkeit, die 20prozentige Sonderabschreibung voll ausschöpfen zu können, durch den verlängerten zeitlichen Spielraum vergrößert. Insgesamt wird sich der Steuerausfall wegen der zeitlichen Streckung im Rahmen der bisherigen Schätzungen halten.

## Rentenpolster gewachsen

Das Rentenpolster bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) nimmt in diesem Jahr offenbar infolge der konjunkturellen Entwicklung um 3,4 Milliarden Mark zu. BfA-Präsident Klaus Hoffmann sagte bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1986 in Berlin, bis Ende des laufenden Jahres werde die Rücklage der gesetzlichen Rentenversicherung damit den Betrag von 21,1 Milliarden Mark erreichen. Ende April habe diese auch Schwankungsreserve genannte Größe bei knapp 16 Milliarden Mark gelegen, was 1,61 Monatsausgaben entspricht.

# Gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos

Auszüge aus der Regierungserklärung Bundeskanzler Helmut Kohls zum 40. Jahrestag des Marshall-Plans am 5. Juni 1987

**Wir ehren heute einen amerikanischen Staatsmann, dessen Namen mit der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland aufs engste verbunden ist, der mit einem entscheidenden Abschnitt der jüngsten deutschen Geschichte untrennbar verbunden bleibt.**

George Marshall hat dazu beigetragen, daß die Europäer und besonders wir Deutsche in einer Zeit bitteren Elends Hoffnung und Zukunftsglauben zurückgewinnen konnten. Der Plan, der seinen Namen trägt, bleibt all jenen Menschen unvergeßlich, die das Leid und die Not der Nachkriegszeit selbst miterlebt haben — unvergeßlich als ein Dokument staatsmännlicher Weitsicht und mitmenschlicher Anteilnahme. In kurzen, prägnanten Worten beschrieb George Marshall damals, am 5. Juni 1947 in der Harvard-Universität, die moralische Grundlage seiner Überlegungen — ich zitiere:

*Unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder irgendeine Doktrin, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos.*

Nur wer die damalige Zeit miterlebt hat kann ermessen, was hinter diesen Worten steht.

Der Marshall-Plan ist zu einem Eckpfeiler der Brücke der Freundschaft geworden, die das deutsche und das amerikanische Volk über den Atlantik hinweg verbindet. Bis heute ist diese Freundschaft für uns von existentieller Bedeutung, und sie wird es auch in Zukunft sein.

Damals, in den Hungerjahren der Nachkriegszeit, ging es um das Überleben unseres Volkes, um den Wiederaufbau

eines zerstörten Landes. Später, mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, ging es um die Errichtung einer freien Demokratie. Heute und morgen geht es um die Sicherung des Friedens in Freiheit, auch und besonders in Berlin. Immer und in jedem Fall aber ist die Zukunft unseres Volkes mit der deutsch-amerikanischen Freundschaft verbunden.

Die Generationen, die damals beiderseits des Atlantiks den Grund dafür gelegt haben, sind gefordert, an die nachwachsende Generation dieses Vermächtnis weiterzugeben. Wir müssen die Freundschaft und Verbundenheit mit den Vereinigten Staaten nach besten Kräften pflegen. Es gilt, sie über alle Wechselfälle des Alltags — auch über kontroverse Diskussionen — hochzuhalten und zu bewahren.

Ich nehme diese Gelegenheit wahr, hier vor dem Hohen Haus an die junge Generation auf beiden Seiten des Atlantiks zu appellieren, die Chancen zur persönlichen Begegnung und zum unmittelbaren Kennenlernen zu nutzen. Mit dem Rat für Jugendaustausch, den Präsident Reagan und ich im Oktober vergangenen Jahres ins Leben gerufen haben, wollen wir helfen, den Strom der Begegnungen zu verbreitern. Aber junge Leute sollten nicht einfach auf den Staat warten, sie sollten selbst initiativ werden.

Es gibt eine weitere und besonders naheliegende Möglichkeit, die deutsch-amerikanische Freundschaft zu festigen: indem wir den Kontakt zu den amerikanischen Soldaten und ihren Familien suchen, die in unserem Lande leben.

Es sind seit Gründung der Bundesrepublik immerhin knapp über zehn Millionen Soldaten, die mit ihren Familien in der Bundesrepublik Deutschland gelebt haben. Sie leisteten und leisten — oft unter schwierigen materiellen Bedingungen — ihren Dienst für die gemeinsame Freiheit. Um so wichtiger ist es, daß sie unsere Sympathie spüren und daß wir als Ausdruck unserer Dankbarkeit auch immer wieder die Begegnung mit ihnen suchen.

Unsere Welt kennt heute noch immer viel zu viele Regionen, wo Menschen hungern, wo der Kampf um die bloße Existenz den Alltag prägt, wo Hoffnungslosigkeit umgeht, wo — sagen wir es ehrlich — selbst langjährige Entwicklungszusammenarbeit die Dinge nicht entscheidend zum Besseren gewendet hat. Mit diesem Zustand können, wollen und dürfen wir uns nicht abfinden. Für uns, denen in schwerster Zeit geholfen wurde, muß diese tätige Hilfe menschliche und moralische Pflicht sein.

Wir werden unsere Politik gegenüber den Ländern der Dritten Welt im Bewußtsein dafür gestalten, daß die Idee vom freien Menschen eben nicht nur bürgerliche und politische Freiheit umfaßt, sondern auch ein Leben „frei von Furcht und Not“.

Die schwierige finanzielle Entwicklung in vielen Ländern der Dritten Welt wird uns auch in kommenden Jahrzehnten vor erhöhte Anforderungen stellen. Aber ohne gesunde wirtschaftliche Verhältnisse — ich nehme noch einmal das Wort von George Marshall auf — wird es in der Welt keine politische Stabilität und keinen sicheren Frieden geben.

Die Botschaft, die George Marshall heute vor vierzig Jahren verkündet hat, behält ihre Aussagekraft, und wir wollen sie weiter beherzigen. Wie wichtig sie gerade für uns Deutsche ist, dafür legen wir heute hier im freigewählten deutschen Parlament Zeugnis ab.

## ■ TERMINE

- 20. 6. *CDA Schleswig-Holstein, Landesausschuß, Rendsburg*
- 23. 6. *CDA Baden-Württemberg Landesvorstand, Stuttgart*
- 24. 6. *JU Baden-Württemberg Vorstand u. Landesausschuß, Stuttgart*
- 24. 6. *CDU-Bund Landesgeschäftsführerkonferenz, Bonn*
- 26. 6. *LV Bremen Landesvorstand, Bremen*
- 29. 6. *LV Baden-Württemberg Landesvorstand, Reutlingen*
- 29. 6. *LV Schleswig-Holstein Vorstand mit Kreisvorsitz. u. Vorsitzenden der Vereinigungen, Kiel*
- 29. 6. *Exil-CDU Berlin-Seminar, Berlin*
- 13. 7. *LV Rheinland-Pfalz Vorstand, Mainz*
- 14. 7. *CDA Schleswig-Holstein Vorstand, Kiel*
- 17. 7. *CDA Schleswig-Holstein Jahreskongreß, Kiel*
- 1. 8. *LV Schleswig-Holstein Vorstand mit Kreisvorsitz. und Vorsitzenden der Vereinigungen, Kiel*
- 5. 8. *LV Schleswig-Holstein Frauenforum, Rendsburg*
- 6. 8. *LV Hessen 5. Kreisgeschäftsführerkonferenz, Fernwald*
- 6. 8. *LV Bremen Landesvorstand, Bremen*
- 8. 8. *LV Schleswig-Holstein Landesausschuß, Kiel*
- 8. 8. *EAK Sitzung des Ev. Arbeitskreises Schleswig-Holstein, Kiel*
- 10. 8. *CDA Bremen Vorstand, Bremen*
- 28. 8. *LV Baden-Württemberg Landesparteitag, Friedrichshafen*
- 2. 9. *CDU-Bund Landesgeschäftsführerkonferenz, Bonn*
- 7. 9. *CDU-Präsidium Sitzung, Bonn*
- 11. 9. *LV Baden-Württemberg 25. Landesparteitag, Karlsruhe*

## Verfassungsschutzbericht 1986:

# Linksextremistische Gewalttaten nahmen zu

**Die extremistische Bedrohung für unsere freiheitliche Demokratie kommt überwiegend von links. Dies belegt der Verfassungsschutzbericht 1986, den jetzt der Bundesinnenminister vorgelegt hat. Den 63 000 organisierten Linksextremisten in der Bundesrepublik Deutschland stehen 22 100 organisierte Rechtsextremisten gegenüber. Die Zahl der Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund stieg gegenüber dem Vorjahr von 1 845 auf 2 239 an; auf der rechten Seite des extremistischen Spektrums hingegen ging die vergleichbare Zahl von 1 677 auf 1 281 Gesetzesverletzungen zurück.**

Die Brutalität der Extremisten wird an folgenden Zahlen deutlich: Linksextremisten verübten im vergangenen Jahr 1902 Gewalttaten (1985: 1604), Rechtsextremisten 71 (1985: 77). Erschreckend ist vor allem die Zahl der verletzten Polizeibeamten, die sich mit 769 gegenüber dem Vorjahr fast verdreifachte. Auch hier waren fast ausschließlich Linksextremisten die Täter.

Die DKP, die stärkste linksextremistische Kraft, bejaht „revolutionäre Gewalt“ („ABC junger Kommunistinnen und Kommunisten“, herausgegeben vom DKP-Parteivorstand). Die DKP erhielt 1986 auf konspirativen Wegen etwa 65 Millionen Mark aus der DDR für ihre Aktivitäten. Nach eigener Einschätzung ist es ihr mit ihrer Bündnispolitik „in einem beträchtlichen Ausmaß gelungen, die von allen Gegnern betriebene politische Isolierung“ der DKP zu durchbrechen (Protokoll DKP-Parteitag Hamburg, S. 599). Die DKP sieht „heute mehr

Gemeinsamkeiten von Sozialdemokraten und Kommunisten als je zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik“ (UZ, 3. Mai 1986).

Die Offenheit der SPD gegenüber antideokratischen Parteien zeigt sich nicht nur in den „zahlreichen Bündnissen“, in denen 1986 „Kommunisten und SPD-Mitglieder gleichberechtigt mitarbeiteten“ (Verfassungsschutzbericht), sondern auch in ihren Programmaussagen. Im Wahlprogramm der SPD Schleswig-Holstein für die Landtagswahlen im September 1987 wird zwar „das Anwachsen der Bedrohung durch neofaschistische Tendenzen und Organisationen“ beklagt, mit keinem Wort jedoch auf die Bedrohung durch den Linksextremismus hingewiesen. Dabei geht die größte Gefahr für unsere Demokratie auch in Schleswig-Holstein von Linksextremisten aus: Nach dem Verfassungsschutzbericht Schleswig-Holstein für die Jahre 1985/1986 verfügten linksextremistische Organisationen mit 1980 Mitgliedern und Anhängern über fast dreimal soviel Aktivisten wie das rechtsextremistische Spektrum mit 700 Mitgliedern. Den 49 Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund in Schleswig-Holstein stand 1986 keine einzige Gewalttat mit rechtsextremistischem Hintergrund gegenüber. Die SPD ist anscheinend nicht mehr bereit, die linksextremistische Gefahr zu erkennen und zu bekämpfen.

Genauso einäugig sind die Grünen, die in ihrem Wahlprogramm 87 in zwei Absätzen auf den rechtsextremistischen Terrorismus eingehen, die Terroranschläge der linksextremistischen RAF aber völlig verschweigen. Die Grünen wollen den Ver-

fassungsschutz abschaffen (Wahlprogramm 87); die Feinde von links und rechts fänden unsere Demokratie dann wehrloser.

Auch zu sicherheitsgefährdenden und extremistischen Bestrebungen von Ausländern 1986 nimmt der Verfassungsschutzbericht Stellung. Er stellt fest, daß „sich der weitaus größte Teil der im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) lebenden etwa 4,5 Millionen Ausländer auch 1986 gesetzentreu und nicht extremistisch“ verhalten habe. Die Mitgliederzahl der Organisationen extremistischer Ausländer blieb nahezu unverändert.

Ausgesprochen erfolgreich war der Verfassungsschutz bei der Spionageabwehr. Die Zahl von insgesamt 43 Personen — gegenüber 18 im Vorjahr —, die 1986 wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit für einen östlichen Nachrichtendienst festgenommen wurden, spricht für den Erfolg der Sicherheitsbehörden. Die Festnahmen sind auch ein Hinweis darauf, daß es den gegnerischen Nachrichtendiensten nicht gelungen ist, die durch den Verrat des ehemaligen Verfassungsschutzbeamten Tiedge gewonnenen Informationen gegen die Bundesrepublik Deutschland zu nutzen. Das gilt insbesondere für die Spionagedienste der DDR, bei denen der Verfassungsschutz mit 26 festgenommenen Personen den größten Erfolg hatte.

Der Verfassungsschutz ist von unserem Grundgesetz nach den bitteren Erfahrungen der Weimarer Republik ausdrücklich gewollt: Linksextremisten und Rechtsextremisten sollen nicht noch einmal eine Demokratie in Deutschland zerstören können. Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster, hat zu Recht darauf hingewiesen, daß diejenigen, die gegen die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden mit Schlagworten wie „Bespitzelung“

oder „Überwachungsstaat“ polemisieren, bewußt oder unbewußt das Geschäft der Feinde unserer Demokratie betreiben. Die CDU wird auch in Zukunft den Mitarbeitern des Verfassungsschutzes die erforderliche Unterstützung für ihre Arbeit geben. Die SPD bleibt aufgefordert, sich auf die demokratischen Prinzipien zu besinnen und jeder Zusammenarbeit mit antidemokratischen Kräften zu widerstehen.

## Junge Union für konzertierte Aktion gegen Drogenkonsum

Die Drogen- und Rauschmittelsucht ist in der Bundesrepublik Deutschland eine immer noch unterschätzte Gefahr. Amtliche Schätzungen sprechen von 1,5 Millionen behandlungsbedürftigen Alkoholkranken, von ca. einer halben Million Medikamentenabhängigen und rund 50 000 Abhängigen von sogenannten illegalen Drogen. In den vergangenen 7 Jahren haben über 3 000 junge Menschen in der Bundesrepublik ihren Drogenkonsum mit dem Leben bezahlt.

Die Drogenszene hat sich in den letzten Jahren verändert. Die „klassischen“ Drogen Haschisch, LSD und Heroin werden zunehmend ersetzt durch „Alltagsdrogen“ wie Alkohol und Nikotin, Medikamente, „Designer-Drogen“ und synthetische Drogen. Drogen-Designer versuchen, mit ständig neuen Chemieprodukten das Betäubungsmittelgesetz zu umgehen.

Die Junge Union fordert eine konzertierte Aktion gegen den Drogenkonsum, erklärte hierzu der Bundesvorsitzende der JU, **Christoph Böhr**. Dazu gehören Vorbeugungsmaßnahmen, Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit, eine verbesserte Ausgestaltung des Beratungs-, Behandlungs- und Nachsorgeangebotes sowie nationale und internationale Maßnahmen.



# „Forschung und Technik – Freiheit und Verantwortung“

Bundeskanzler Helmut  
Kohl beim  
Deutschen Ingenieurtag  
am 26. Mai 1987 in  
München

**Wenn wir heute — viereinhalb Jahre nach meiner Regierungsübernahme — Bilanz ziehen, dann hat sich in der Tat vieles positiv verändert. Dabei denke ich auch und gerade an das Forschungsklima. Hier sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Leistung und Qualität haben in Wirtschaft und Gesellschaft, in Forschung und Kultur einen höheren Rang zurückgewonnen. Der Wandel von weit verbreiteter Technikfeindlichkeit zu Offenheit und Interesse an neuen technischen Entwicklungen ist insgesamt beachtlich — ein Wandel, den wir dank gemeinsamer Anstrengungen heute als gewichtigen Aktivposten für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland verbuchen können.**

Wir müssen die Chancen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auch in Zukunft nutzen. Aber je mehr wir in Bereiche vorstoßen, die die Grundfragen menschlicher Existenz berühren, desto deutlicher wird auch: es gibt Grenzen, die wir nicht überschreiten dürfen. In Wissenschaft und Technik müssen zur Sachkenntnis immer auch sittliche Verantwortung und ethische Grundlagen treten.

Wir brauchen beides: Den Mut zum Fortschritt, weil wir ja sonst gegen Elend, Not und Krankheit nicht das Menschenmögli-

che tun können. ... Wir brauchen aber auch Behutsamkeit, damit uns der Fortschritt nicht über den Kopf wächst. In einer freien Gesellschaft mit freier Wissenschaft ist eine Ethik der wissenschaftlich-technischen Zivilisation, die Forschung und Technik in den Dienst des Menschen stellt, dafür das Fundament.

Das heißt, daß an erster Stelle die Achtung der Würde des Menschen, die Verantwortung für die Schöpfung und für künftige Generationen stehen. Wir müssen mögliche Vorteile neuer Erkenntnisse gewissenhaft gegen denkbare Nachteile und Risiken abwägen. In diesem Sinne sind wir uns sehr wohl bewußt, daß nicht alles, was wissenschaftlich und technisch machbar erscheint, dem Menschen auch erlaubt oder unter humanen Gesichtspunkten überhaupt als wünschenswert anzusehen ist.

In der **Gentechnologie** heißt das beispielsweise, daß die Personalität des Menschen vor jedweder Manipulation zu schützen ist. Damit gewinnen viele vielleicht auch wieder einen neuen Zugang zum Recht des ungeborenen Lebens, weil ja auch hier die Personalität des Menschen in sehr grundsätzlicher Art und Weise angesprochen wird.

Bei der **zivilen Nutzung der Kerntechnologie** wissen wir, daß Sicherheit und Gesundheit des Bürgers Vorrang haben müssen vor allen anderen — auch wirtschaftlichen — Überlegungen. Gleichzeitig muß aber auch zur Kenntnis genommen werden, daß wir einstweilen für die nächsten Jahrzehnte — wie lange genau, weiß gegenwärtig niemand — keine wirkliche Alternative zur Kernenergie haben.

Das Ja zur Forschung und Technik ist immer auch ein Ja zu Arbeitsplätzen und Beschäftigung. Denn beides gehört eng zusammen.

Es ist ja in den letzten eineinhalb Jahrzehnten immer wieder die Behauptung aufgestellt worden, technischer Fortschritt und mit ihm die Steigerung der Produktivität seien entscheidende Ursachen für den Verlust von Arbeitsplätzen.

Richtig ist, daß die **Arbeitslosigkeit** ein zentrales Problem unserer Gesellschaft ist und daß ihre Bekämpfung ganz oben auf der politischen Tagesordnung steht — und daß wir hier das Menschenmögliche tun müssen.

Aber wenn wir wirkliche Fortschritte erzielen wollen, müssen wir zunächst die Ursachen sorgfältig analysieren. Und hierzu gehören in erster Linie

- die Wachstumseinbrüche in den Krisenjahren von 1980 bis 1982, in deren Verlauf rund 800 000 Arbeitsplätze verloren gingen,

- die deutlich gewachsene Nachfrage nach Arbeit im Gefolge der geburtenstarken Jahrgänge und des größer gewordenen Interesses von Frauen an der Erwerbstätigkeit

- sowie eine verlangsamte strukturelle Anpassung mit einer insgesamt eher zu zögerlichen Nutzung und Anwendung moderner Technik.

Demgegenüber gibt es keinen letztlich überzeugenden Beleg für einen Zusammenhang zwischen steigender Arbeitslosigkeit einerseits und hohen Produktivitätssteigerungen durch den Einsatz moderner Technologien andererseits.

Im Gegenteil — und diese Erfahrungen werden in der öffentlichen Diskussion viel zu wenig zur Kenntnis genommen: **Arbeitsplätze sind dort am ehesten verloren gegangen, wo die Chancen des techni-**

**schen Fortschritts am wenigsten genutzt wurden.**

Denn eine offene Volkswirtschaft wie die unsere, die rund ein Drittel ihrer Waren und Dienstleistungen exportiert und die damit im internationalen Wettbewerb immer wieder neu bestehen muß, kann weltweit technische Neuerungen und Veränderungen nicht ignorieren. Würden wir das tun, so bedeutet dies mit Sicherheit wirtschaftlichen Abstieg und Niedergang sowie den Verlust vieler Arbeitsplätze.

All dies läßt deutlich erkennen, daß wir ohne ein verantwortliches Ja zum technischen Fortschritt **ein wichtiges Ziel unserer Generation** nicht erreichen können: **nämlich einen vernünftigen und vertretbaren Mittelweg zwischen den Notwendigkeiten von Ökonomie und Ökologie.**

Denn das, was wir im Bereich des Umweltschutzes erreichen wollen und müssen, geschieht in einem dicht besiedelten Land, in einer Industrielandschaft, wo erst durch gute wirtschaftliche Leistungen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, um auch für den Umweltschutz die notwendigen und wünschenswerten Fortschritte durchzusetzen.

**Unser Ziel ist dabei die Integration des Umweltschutzes in unseren technischen und wirtschaftlichen Alltag, und zwar auf dem Weg der schrittweisen Veränderungen.**

Dieser enge Zusammenhang zwischen Forschung und Technik einerseits und unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung andererseits — dieser Zusammenhang erscheint mir für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland von allergrößter Bedeutung. Er beschreibt — weit über die Herausforderungen der Energiepolitik hinaus — das Spannungsfeld, in dem wir die Kräfte mobilisieren können, die wir brauchen, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes über den Tag hinaus zu sichern.

# Reinhard Metz fordert Neubesinnung für Bremen und Bremerhaven

Ganz im Zeichen des Vorwahlkampfes stand der diesjährige ordentliche Landesparteitag der Bremer CDU am 30. Mai 1987 in der Bremer Stadthalle. Sowohl der Bremer CDU-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Bernd Neumann als auch der CDU-Spitzenkandidat für die Bremische Bürgerschaftswahl am 13. September 1987, Reinhard Metz, zeigten in gewohnt kämpferischer Manier die fundamentalen Fehlleistungen der alleinregierenden SPD im kleinsten Bundesland auf.

Bernd Neumann: „Die Bremer SPD trägt die Hauptverantwortung dafür, daß die Existenz unseres Bundeslandes aufgrund der jahrzehntelangen verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik gefährdet ist.“ Vehement wies der CDU-Landeschef die Wahlkampfparole der SPD zurück, der politische Hauptgegner Bremens sitze in Bonn. Bernd Neumann: „Was hat die Bundesregierung unter Helmut Kohl zu tun mit den massiven Fehlinvestitionen in der Schul- und Hochschulpolitik, mit dem schlechten Image der Bremer Uni, mit der überdimensionalen Aufblähung des öffentlichen Dienstes in den 70er Jahren sowie mit der mittelstandsfeindlichen Politik?“ Dies seien allein hausgemachte Fehler des Bremer Senats. Im übrigen habe sich der rapide Abstieg des Bundeslandes Bremen in der Zeit von 1970 bis 1982 vollzogen, und da habe bekanntlich die SPD unter Helmut Schmidt in Bonn regiert.

Scharf attackierte der CDU-Landesvorsitzende auch die Bremer FDP und Grünen, die sich durch ihre vorzeitigen Koalitionsangebote „in schamloser Weise substituiert hätten“. Die Bremer FDP sei in

keiner Weise mit der Bonner FDP gleichzusetzen, sie schiele nur auf Senatssessel. Bernd Neumann: „Wer vorher koalitiert, ist ein Verräter an der gemeinsamen politischen Sache.“ Insofern sei die CDU in Bremen die einzige ernstzunehmende Gegenkraft zur allmächtig herrschenden SPD.

In seiner programmatischen und mit langanhaltendem Beifall der Delegierten bedachten Rede bekräftigte der CDU-Spitzenkandidat für die Bürgerschaftswahl, Reinhard Metz, den Führungsanspruch der Bremer Union: „Wir wollen die Periode der Zerfahrenheit, des Zerfalls und der Schwankungen in der bremischen Politik der letzten Jahre überwinden. Wer zur CDU gehört, kann nur auf Mehrheit aus sein. Und wer auf besonders schwierigen Plätzen, wie in Bremen und Bremerhaven, vor diesem Ziel verzagen möchte, treibt damit alle Nichtsozialisten in die Resignation, immerhin 150 000 Wahlberechtigte“.

Bei der Vorstellung des unter seiner Leitung erarbeiteten Programms für das Land Bremen 1987 bis 1991, das auf einem außerordentlichen Landesparteitag am 24. Juni 1987 verabschiedet werden soll, forderte Reinhard Metz eine gründliche Neubesinnung für Bremen und Bremerhaven, damit die „alten ausgetretenen Trampelpfade sozialdemokratischer Politik verlassen werden“. Kernpunkte des Programms: Rückbesinnung auf die soziale Marktwirtschaft, Stärkung des Mittelstandes, Zurückdrängung des zunehmenden Einflusses des Staates in allen Lebensbereichen, Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen vor nachhaltigen Störungen und Schäden durch Umweltschutz.

## CDU-Verbände sind aktiv

# Ein Sommer mit der CDU

Wie schon in den letzten Jahren, werden auch 1987 überall im Lande die Sommermonate intensiv zu Sympathie-Werbeaktionen für die CDU genutzt werden.

Daß hierbei Ideenreichtum und großes Engagement gefragt sind, versteht sich fast von selbst. Einige erfolgreich erprobte Aktionsvorschläge, die die CDU vor Ort ins Gespräch bringen und dabei ganz nebenbei eine sichere und sympathische Art der Mitgliederwerbung darstellen, möchten wir auf diesen Seiten vorstellen. Gerne stehen wir Ihnen für weitere Hinweise unter der Tel.-Nr. (02 28) 5 44-3 71 im Referat für Aktionen und Mitgliederwerbung der Bundesgeschäftsstelle zur Verfügung.



Rufen Sie uns doch mal an!

### Canvassing am Badesee

An den heißen Tagen des Sommers, vor allem natürlich an den Wochenenden, strömen die Menschen in Schwimmbäder, an Badeseen oder in ähnliche Freizeiteinrichtungen — also dorthin, wo eine aktive Erholung möglich ist.

Die örtliche CDU sollte die Attraktivität solcher Plätze ausnutzen und mit gezieltem Info-Material auf Canvassing-Tour gehen.

Als Verteilmittel bietet sich beispielsweise sehr gut ein Flugblatt an, das die Leistungen und Forderungen der CDU auf dem Freizeitsektor in der Region **kurz** zusammenfaßt.



Wird die Aktion von einem Basisfahrzeug gleichzeitig noch mit sommerlicher Kassettensmusik begleitet und hat man zudem auch genügend Luftballons für die kleinen Bürger mit dabei, so wird der Canvassingausflug — mit oder ohne Info-Tisch — mit Sicherheit ein Erfolg.

## Umwelt-Olympiade

Dabeisein ist alles. Und so sollte diese Aktion auch so angelegt sein, daß sich Jung und Alt, Klein und Groß daran beteiligen.

Von der CDU werden z. B. Baumpaten gesucht, die an den heißen Tagen die Pflege des Straßenbaums vor der eigenen Haustüre übernehmen. Ein Kinder-Mal- oder -Fotowettbewerb „So sehe ich meine Umwelt in...“ wird von der örtlichen CDU ausgeschrieben, und zur Waldputz-fete an einem Samstagnachmittag bringen nach Möglichkeit die CDU-Mitglieder auch Freunde und Bekannte mit. Wie man sieht: Eine Aktionsreihe bietet sich zum Thema Umwelt geradezu an. (Zahlreiche weitere Vorschläge finden Sie in unserem **Handbuch „Umweltaktionen von A bis Z“**).

Die besten Wettbewerbsteilnehmer sollten prämiert werden; auch unter den Teilnehmern der übrigen Aktionen können Preise ausgelost werden. Gutscheine für Pflanzen, umweltfreundliche Haushaltsartikel oder — als Hauptpreis — ein Fahrrad sind attraktive Gewinne und lassen das sogenannte politische „Sommerloch“ schnell vergessen. Die CDU ist im Gespräch!

## Talk-Show mit Prominenten

Erfolgreich, weil im Stil der Zeit: Talk-Shows unter freiem Himmel. Mit von der Partie sind vor Ort gut bekannte CDU-Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die der CDU nahestehen.

Man braucht dafür nicht viel: eine kleine Bühne, ein Sofa, eine Mikrofonanlage. Denn die Aktion findet dort statt, wo sich Bürger ohnehin treffen: im Stadt- oder Dorfzentrum, auf Marktplätzen, in Fußgängerzonen, im Biergarten, vor großen Einkaufszentren. Und ob die Talk-Show nun zur Mittagszeit als „Mahlzeit-

Gespräch“, am Sonntagvormittag als „Frühstücks-Runde“ bei Dixie-Musik oder am Abend als „Aktueller Scheinwerfer“ stattfinden: an interessanten Gesprächsthemen wird es sicher nicht mangeln. Wenn der CDU-Moderator die Bürger zudem am Gespräch direkt beteiligt (Beispiel: „Und nun wieder die Zuschauerfrage an Herrn...“), wird die Talk-Show noch lebendiger und spontaner.

Motto sollte sein: **Je bürgernäher, desto besser**. Wiederholungsaktionen sind in diesem Fall selbstverständlich erwünscht.

## Stadtwanderung

Jeder weiß es: Im Sommer sind Aktionen unter freiem Himmel anziehender als jede noch so gut gemeinte Saalveranstaltung. Was liegt also näher, als auch einmal über Perspektiven bei der Entwicklung und Erhaltung des Stadtbildes, das vielerorts heute mit dem Begriff „Fußgängerzone“ eng verknüpft ist, zu informieren.

Nach einer ausgiebigen Ortsbesichtigung sollte in gemütlicher Runde in Anwesenheit der örtlichen CDU-Prominenz noch genügend Zeit bleiben, auf Fragen sachkundige Antworten zu geben.

Übrigens: Diese Aktion wird sicher auch bei Schulklassen, also bei den Wählern von morgen, auf reges Interesse stoßen.

### **Hinweis:**

## CDU-Plakat zum Schulanfang

„Liebe Autofahrer, bitte Vorsicht — Schule hat begonnen“, so lautet ein Plakat der CDU-Bundesgeschäftsstelle zum Schulanfang. Das neue Plakat werden wir Ihnen in der nächsten UiD-Ausgabe optisch vorstellen, es ist rechtzeitig zum Ferienende bestellbar. Also schon jetzt für Aktionen einplanen!

**NEUAUFLAGE!**

## Rahmenplakat

### „Ein Sommer mit der CDU“

Ihre Aktionen können Sie auch in diesem Jahr wieder auf originelle Art ankündigen. Das pfiffige Plakat mit Sonne, Meer und Strandmotiv eignet sich übrigens auch bestens als Grundlage für Kinder-Malwettbewerbe!

Und das gehört bei jeder erfolgreichen Sommeraktion mit dazu:

## Informations- und Werbemittel

Im Werbemittelangebot der CDU-Bundesgeschäftsstelle finden Sie viele Informationsmaterialien und Sympathie-Werbemittel, die Sie bei einer Sommeraktion bestens einsetzen können oder die Ihnen bei der Vorbereitung helfen. Diese Materialien sind zu den üblichen Bedingungen über das IS-Versandzentrum in Versmold zu beziehen. Hier ein Auszug aus dem Angebot der CDU-Bundesgeschäftsstelle!

### Bestellhinweise

Richten Sie Ihre Bestellungen nur an das IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold.

Beachten Sie bitte die Mindestabnahmemenge. Die Preise enthalten bereits Fracht- und Verpackungskosten; nur die Mehrwertsteuer müssen Sie noch hinzurechnen. Das IS-Versandzentrum fügt der Materialsendung Lieferschein und Rechnung bei. Überweisen Sie bitte den Rechnungsbetrag ohne Abzug auf das Konto des Versandzentrums.



8836 Rahmenplakat  
„Ein Sommer mit  
der CDU“ 50 Stück 28,— DM

## Weitere Materialien aus unserem Angebot für Ihre Sommeraktionen

- 0994 Canvassing-Stand 1 Stück 172,— DM
- 0458 CDU-Sonnenschirm ohne Fuß 1 Stück 60,— DM
- 0459 Fuß für CDU-Sonnenschirm 1 Stück 12,80 DM
- 0546 PVC-Aufkleber für Canvassing-Stand 78 x 42 cm 10 Expl. 31,— DM
- 0594 CDU-Magnetfolie 60 x 32 cm z.B. für Pkw 1 Stück 25,— DM

**Wir lieben Kinder**

9140	CDU-T-Shirt, klein (M) mit Aufdruck „Wir lieben Kinder“	5 Stück	39,— DM
9141	CDU-T-Shirt, mittel (L) „Wir lieben Kinder“	5 Stück	39,— DM
9731	Aufkleber: „Wir lieben Kinder“	100 Expl.	12,— DM
9614	Lederfußball mit CDU-Aufdruck	1 Stück	44,— DM
9781	CDU-Modelliermasse „Wir lieben Kinder“	25 Expl.	14,50 DM
9303	CDU-Papierfährchen	1 000 Expl.	70,— DM
9304	CDU-Luftballons, bunt sortiert	500 Expl.	50,— DM
9305	Ballondrahtstäbe	500 Expl.	15,— DM

**Mit uns für eine lebenswerte Umwelt**

1695	Rahmenflugblatt DIN A4, „Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“	500 Expl.	25,— DM
8695	Rahmenplakat DIN A1 „Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“	50 Expl.	20,— DM
5607	Broschüre „Boden und Landschaft“	50 Expl.	30,50 DM
3670	Handbuch: Umweltaktionen von A bis Z	10 Expl.	7,— DM

**Anziehend werben – mit der CDU gut aussehen**

9763	CDU-Polohemd, klein (M), weiß	1 Stück	14,95 DM
9764	CDU-Polohemd, klein (M), gelb	1 Stück	14,95 DM
9766	CDU-Polohemd, klein (M), grün	1 Stück	14,95 DM
9767	CDU-Polohemd, mittel (L), weiß	1 Stück	14,95 DM
9768	CDU-Polohemd, mittel (L), gelb	1 Stück	14,95 DM
9769	CDU-Polohemd, mittel (L), rosa	1 Stück	14,95 DM
9770	CDU-Polohemd, mittel (L), grün	1 Stück	14,95 DM
9771	CDU-Polohemd, groß (XL), weiß	1 Stück	14,95 DM
9772	CDU-Polohemd, groß (XL), gelb	1 Stück	14,95 DM
9773	CDU-Polohemd, groß (XL), rosa	1 Stück	14,95 DM
9774	CDU-Polohemd, groß (XL), grün	1 Stück	14,95 DM
9805	CDU-Stirnband, weiß	5 Stück	8,50 DM
9806	CDU-Stirnband, gelb	5 Stück	8,50 DM
9807	CDU-Stirnband, rosa	5 Stück	8,50 DM
9808	CDU-Stirnband, grün	5 Stück	8,50 DM

**Mitgliederwerbung**

6684	Zehn Fragen, die Sie sich beantworten sollten	100 Stück	26,60 DM
6686	Prospekt: „So werben Sie Mitglieder für die CDU“	50 Expl.	14,50 DM

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

Schöne Ferien wünscht die **CDU** *Die Zukunft*

**Stabiles Hoch über Deutschland**

Steigende Einkommen · stabile Preise · mehr Arbeitsplätze

*...Auch wenn nicht immer die Sonne scheint*

**NEU**

Ein bunter und optimistischer Blickfang für alle CDU-Schaukästen steht ab sofort den CDU-Verbänden wie üblich kostenlos zur Verfügung: Die neue Wandzeitung „Stabiles Hoch über Deutschland“

**UID**

**20/87**

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. \* 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lütjhe. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.